

# Verhandlungsschrift

Nr. 3/2006

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Freitag, den 30.06.2006.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

## Anwesende:

|                      |               |                                    |
|----------------------|---------------|------------------------------------|
| 1. Bürgermeister     | Rippl         | Erich                              |
| 2. Vizebürgermeister | Weichenberger | Johann                             |
| 3. Vizebürgermeister | Muigg         | Martin                             |
| 4. Gemeindevorstand  | Pendelin      | Erika                              |
| 5. Gemeindevorstand  | Weber         | Michael                            |
| 6. Gemeindevorstand  | Schwaiger     | Wolfgang                           |
| 7. Gemeinderat       | Mayer         | Helmut                             |
| 8. Gemeinderat       | Altmann       | Anna                               |
| 9. Gemeinderat       | Mayer         | Johann                             |
| 10. Gemeinderat      | Staffl        | Michaela                           |
| 11. Gemeinderat      | Brandstötter  | Alois                              |
| 12. Gemeinderat      | Anzinger      | Bernhard                           |
| 13. Gemeinderat      | Voggenberger  | Franz                              |
| 14. Gemeinderat      | Standl        | Franz                              |
| 15. Gemeinderat      | Ofenböck      | Thomas                             |
| 16. Gemeinderat      | Sutter        | Ann                                |
| 17. GREM             | Hager         | Klaus (f. Reitsamer Robert)        |
| 18. GREM             | Weinberger    | Herbert (f. GR Hellermann Norbert) |
| 19. GREM             | Pendelin      | Hermann (f. Klinger Martin)        |
| 20. GREM             | Winkelmeier   | Alfred (f. GV Schinwald Josef)     |
| 21. GREM             | Pöckl         | Franz (f. GR Bauer Franz)          |
| 22. GREM             | Schwenn       | Gabriele (f. GR Schober Johann)    |
| 23. GREM             | DI Thür       | Albert (f. Winkelmeier Johann)     |
| 24. GREM             | Hager         | Johann (f. Linnerth Hans Dieter)   |

## Es fehlen:

GR Reitsamer Robert (entschuldigt) – dafür Hager Klaus  
GR Hellermann Norbert (entschuldigt) – dafür Weinberger Herbert  
GR Klinger Martin (entschuldigt) – dafür Pendelin Hermann  
GV Schinwald Josef (entschuldigt) – dafür Winkelmeier Alfred  
GR Bauer Franz (entschuldigt) – dafür Pöckl Franz  
GR Schober Johann (entschuldigt) – dafür Schwenn Gabriele  
GR Winkelmeier Johann (entschuldigt) – dafür DI Thür Alöbert  
GR Linnerth Hans Dieter (entschuldigt) – dafür Hager Johann  
GR Fuchs Walter (entschuldigt) – ohne Ersatz

Der BM stellt fest, dass

1. die Sitzung von ihm einberufen wurde,
2. die Verständigung hiezu (**ANLAGE 1**) rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Zustellung erfolgte gemäß vorliegendem Zustellnachweis (**ANLAGE 2**) an alle Mitglieder des Gemeinderates und die Kundmachung (**ANLAGE 3**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 20.06.2006 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
3. die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 2 vom 28.04.2006 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Gemäß § 16 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Kollegialorgane der Gemeinde Lengau vom 06.09.2002 werden von den Fraktionsobmännern der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen folgende Personen für die Unterfertigung der heutigen Verhandlungsschrift namhaft gemacht:

SPÖ: Weichenberger Johann

ÖVP: Weber Michael

BWG: Ing. Ofenböck Thomas

FPÖ: Fuchs Walter

Folgende Ersatzmitglieder werden durch den BM angelobt:

-x-

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Einrichtung eines Jugendtreffs und Vergabe an einen Trägerverein
2. Grundsatzbeschluss für die Einrichtung eines Hortes in Friedburg
  - a) Beschluss einer Tarifordnung
  - b) Genehmigung des Trägerschaftsvertrages
  - c) Ankauf von Einrichtungsgegenständen
3. Beschluss für die Verwirklichung des Projektes Schlossberg
4. Genehmigung des Optionsvertrages mit der o.ö. Ferngas für den Verkauf einer Teilfläche des Gst.Nr. 2933, EZ 537, KG Lengau
5. Genehmigung des Ankaufes einer Teilfläche der Gst.Nr. 410 und 411, KG Friedburg, von den Ehegatten Berner
6. Anpassung der Kanalgebührenordnung entsprechend den Vorgaben des Amtes der o.ö. Landesregierung
7. Stauraumkanal Friedburg – Auftragsvergabe
8. Verlängerung der Funktionsdauer des Amtsleiters gemäß § 11, o.ö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 idgF
9. Raumordnungsangelegenheiten
  - a) Änderung Nr. 1, MAFI-HolzverarbeitungsgesmbH. – Beschluss einer Verordnung
  - b) Änderung Nr. 28, Feichtenschlager Herbert – Einleitung des Verfahrens
  - c) Änderung Nr. 29, Linecker Josef und Elisabeth – Einleitung des Verfahrens
  - d) Änderung Nr. 30, Schlegl Georg – Einleitung des Verfahrens
10. Festlegung des Straßenbauprogrammes 2006

11. Festlegung des Kanalbauprogrammes 2006
12. Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes über die Kassenprüfung am 08.06.2006 durch die BH Braunau am Inn
13. Grundsatzbeschluss für Teilnahme an LEADER Programm
14. Nachbesetzung in Ausschüssen durch die ÖVP-Fraktion
15. Betreubares Wohnen – Genehmigung der Vereinbarung zwischen GEWOG und Gemeinde
16. Allfälliges

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der BM den zweiten Teil des TOP 1 von der Tagesordnung ab, sodaß nur grundsätzlich über die Einrichtung eines Jugendtreffs beraten und abgestimmt werden soll. Die Vergabe an einen Trägerverein soll in einer späteren Sitzung erfolgen.

Er stellt fest, dass drei Dringlichkeitsanträge (**ANLAGE 4, 5 und 6**) vorliegen.

1. Festsetzung der Witwenpension und des Todesfallbeitrages für Rosa Settelmaier

Er verliest den Dringlichkeitsantrag und stellt den

**A n t r a g**

diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und am Ende der Tagesordnung darüber abzustimmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

2. Sanierung der Volks- und Hauptschule Friedburg - Umrüstung der Heizung und Anschluss an die Biomasse –Beschluss eines Finanzierungsplanes

Er verliest den Dringlichkeitsantrag und stellt den

**A n t r a g**

diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und am Ende der Tagesordnung darüber abzustimmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

3. Übereinkommen für die Errichtung eines Gehsteiges mit integrierter Randhaltestelle und Errichtung eines Fahrbahnteilers mit Querungshilfe

Er verliest den Dringlichkeitsantrag und stellt den

**A n t r a g**

diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und am Ende der Tagesordnung darüber abzustimmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

# TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

## 1. Einrichtung eines Jugendtreffs

Der BM berichtet, dass der Ausschuss für Kindergarten, Schule und Jugend in seiner Sitzung am 08.06.2006 mehrheitlich beschlossen hat, im Jahr 2007 einen Jugendtreff zu realisieren. Bei der heutigen Sitzung soll lediglich über die Einrichtung eines Jugendtreffs abgestimmt werden. Die Vergabe an einen Trägerverein wurde vor Sitzungsbeginn von der Tagesordnung abgesetzt und die Entscheidung darüber soll in einer der nächsten Sitzungen fallen.

GR Staffl Michaela verliest das Ansuchen des Ausschusses für Kindergarten, Jugend und Schule (**ANLAGE 7**). Sie weist darauf hin, dass sie die Interessen der Jugendlichen vertreten will und wird und nicht die Interessen von Erwachsenen, Parteien und dgl. Sie weist auf den Beschluss des Jugendentwicklungsprogrammes vom 24.06.2006 hin und vertritt die Ansicht, dass die Interessen der Jugendlichen übergangen werden. Sie appelliert die Jugendlichen ernst zu nehmen und sich für sie einzusetzen. Wenn die Interessen nicht im Einklang mit denen der Erwachsenen sind werden diese oftmals mit einem Schulterzucken abgetan.

VBM Weichenberger freut sich über die rege Beteiligung der Jugendlichen als Zuhörer an der heutigen Sitzung. Bereits seit längerer Zeit wurden intensive Vorarbeiten für die Schaffung eines Jugendtreffs durchgeführt. Dabei kam er zu der Überzeugung dass ein solches Projekt in unserer Gemeinde erforderlich ist. Es wurden Konzepte erstellt und Vortragende in die Ausschüsse eingeladen. Er ist fest davon überzeugt, dass dieses Projekt in unserer Gemeinde gemacht werden soll. Bei diesem Wunsch sieht er auch die Unterstützung des BWG. Er vermisst die Unterstützung der ÖVP und kann die Argumente der ÖVP schwer nachvollziehen. Ein Standort steht derzeit noch nicht fest. Entweder kann ein Gebäude angemietet werden oder auch eine Containerlösung ist vorstellbar. Die Festlegung der Ausführung soll heute jedoch nicht erfolgen. Er appelliert an alle Fraktionen dieses Projekt zu unterstützen.

GV Weber weist darauf hin, dass ein Grundsatzbeschluss nicht notwendig ist. Die SPÖ und das BWG haben das Institut Retzl mit einer Studie um €30.000.—beauftragt, bei der seiner meiner Meinung nach wenig herausgekommen ist. Mit dem Beschluss dieses Jugendkonzeptes wurde ein Grundsatzbeschluss bereits gefasst. Es gibt derzeit keine konkrete Vorschläge. Vorgeschlagen wurde die Containerlösung auf dem ehemaligen Empfelsedergrund, welcher für eine Bauhoferweiterung angekauft wurde. Die Containerlösung mitten im Ortszentrum erscheint ihm als äußerst bedenklich. Der zweite Vorschlag war die Anmietung einer Räumlichkeit in Friedburg. Zusammenfassend erachtet er einen Grundsatzbeschluss als nicht notwendig. Das Projekt soll jedoch weiterverfolgt werden. Die Bereitstellung von Budgetmitteln wird im Zuge der Gespräche im Herbst erfolgen.

GV Schwaiger weist darauf hin, dass dieser Beschluss bereits vor langer Zeit und sehr allgemein gefasst wurde. Das BWG ist zu 100 % hinter diesem gut vorbereiteten Konzept und kündigt eine Zustimmung seiner Fraktion an. Er weist auf seine Erfahrungen hin, die er bei einer früheren Führung eines Jugendzentrums hin. Notwendig ist eine professionelle Betreuung, welche Geld kostet aber die Investition lohnt. Selbst wenn das Angebot derzeit nur von wenigen Jugendlichen angenommen wird, kann er sich vorstellen, das in einigen Jahren die Nachfrage bedeutend größer wird. Wenn kein Angebot gelegt wird, wird es keine Nachfrage geben.

GR Ofenböck weist darauf hin, dass der Auftrag an das Institut Retzl erteilt wurde. Der Ankauf des Grundstückes war strategisch wichtig. Bezüglich der Kosten schließt er sich den Ausführung von GV Schwaiger an. Er tritt dafür ein, für diese Maßnahme Geld in die Hand zu nehmen.

VBM Weichenberger vertritt nicht die Ansicht, dass kein Grundsatzbeschluss erforderlich ist. Von den Trägervereinen wurde empfohlen einen Grundsatzbeschluss zu fassen und danach sofort die Jugendlichen mit einzubinden. Er erachtet daher den Beschluss als offizielles Zeichen für absolut notwendig.

GV Weber vermisst den konkreten Vorschlag über die Örtlichkeit. Bei der gestrigen Ausschusssitzung waren zwei Trägervereine anwesend. Auf diese Gespräche kann seiner Ansicht aufgebaut werden. Er erachtet diesen Beschluss als politisch populär.

GR Voggenberger Franz findet es schade, wenn versucht wird jemand als Gegner der Jugend darzustellen. Es hat bereits solche Treffs gegeben, welche leider gescheitert sind. Der Tagesordnungspunkt wurde bereits am Anfang der Sitzung halbiert. Ihm ist nicht klar worüber konkret abgestimmt werden soll. Es fehlen die Kosten. Einerseits wird Dorferneuerung betrieben, andererseits soll im Ortszentrum von Friedburg ein Containerdorf errichtet werden. Es fehlen die Betreuungskosten, die Errichtungskosten usw. Das Projekt wird von seiner Fraktion nicht abgelehnt. Er kann sich eine Einbindung der Jugend bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorstellen. Er vermisst konkrete Aussagen wo, mit wem und wie der Jugendtreff funktionieren soll.

BM Rippl weist darauf hin, dass diese Zahlen bereits im Ausschuss ermittelt wurden. Nach Fassung dieses Beschlusses soll mit den Jugendlichen weiter geplant werden. Zahlen sind vorhanden. Wichtig ist ein Grundsatzbeschluss um weiter arbeiten zu können. Es gibt einen Fragebogen vom März, bei denen ein Jugendtreff am häufigsten gefordert wurde. Er verliest zusätzlich einen Auszug aus einem Leserbrief.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

der Einrichtung eines Jugendtreffs zuzustimmen und im Jahr 2007 entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 15 Ja

5 Nein (GR Standl, GR Brandstötter, GR Voggenberger, GREM Winkelmeier, VBM Muigg)

4 Enthaltungen (GREM Schwenn, GREM Pöckl, GR Anzinger, GV Weber)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

## **2. Grundsatzbeschluss für die Einrichtung eines Hortes in Friedburg**

### **a) Beschluss einer Tarifordnung**

Der BM berichtet, dass in der Finanzausschusssitzung vom 13.06.2006 über die Gestaltung der Tarifordnung gesprochen wurde und ein daraus resultierender Entwurf einer Tarifordnung den Fraktionen zugegangen ist und ersucht um Debattenbeiträge.

GV Weber fällt beim Vergleich mit der Tarifordnung des Kindergartens auf, dass der Hinweis auf die Möglichkeit der Reduzierung durch den Gemeindevorstand fehlt. Die Ferienzeiten von vier Wochen im August erscheinen ihm als zu kurz. Außerdem wurden diese Ferienzeiten bei Kindergartenkindern als zu kurz angesehen.

BM Rippl weist darauf hin, dass mind. 10 Kinder vorhanden sein müssen um den Hort zu betreiben. Er schlägt daher vor die Öffnungszeiten in der vorgegebenen Form zu versuchen. Wenn keine Kinder das Angebot während der Ferien annehmen, wird die Betreuung nicht durchgeführt. Ein Hinweis auf die Möglichkeit von Beitragsreduzierungen kann in die Tarifordnung eingebaut werden.

VBM Weichenberger tritt auch für den geforderten Hinweis in der Tarifordnung ein.

BM Rippl weist darauf hin, dass vor Beginn ein „Elternabend“ durchgeführt werden soll.

Der BM stellt den

## **A n t r a g**

der Tarifordnung für den Hort Friedburg in folgender Form die Zustimmung zu geben:

# **Tarifordnung Hort Friedburg/ Gemeinde Lengau**

## **1./ Elternbeitrag**

Der Elternbeitrag ist ein Fixbeitrag pro Monat von € 75,00 pro Kind. Zusätzlich wird ein Buskostenbeitrag von € 4.—pro Kind, welches den Zubringerbus benützt, eingehoben. In außergewöhnlichen Notfällen kann der Elternbeitrag durch den Gemeindevorstand (§ 56 Abs. 2 Ziff. 2 o.ö. Gemeindeordnung) noch weiter herabgesetzt oder auch zur Gänze nachgesehen werden, wenn die Finanzverhältnisse offengelegt werden.

## **2./ Essensbeitrag**

Der Essensbeitrag ist pro Portion: analog dem Essensbeitrag für Schulkinder

## **3./ Anmeldegebühr:**

Bei der Anmeldung wird die Gebühr von € 20.— mittels Erlagschein eingehoben. Die Reihung der Anmeldungen erfolgt nach dem Datum der Einzahlung.  
(Die Anmeldegebühr wird beim 1. Elternbeitrag rückerstattet).

## **4./ Abmeldefrist**

Eine Abmeldung des Kindes kann nur am Anfang oder Mitte (zum 15.) des Monats erfolgen. Der Austritt aus der Einrichtung ist nach der Einhaltung einer 6wöchigen Abmeldefrist möglich. Der gesamte Elternbeitrag wird bis zum Ende der Abmeldefrist eingehoben.

## **5./ Ermäßigung**

Für Kinder, die den Hort an weniger als drei Tagen pro Woche besuchen, reduziert sich der Elternbeitrag auf die Hälfte.

## **6./ Ferienzeit**

Ferienzeit: 4 Wochen im August, 24. bis 31. Dezember, 1. bis 6. Jänner und Karwoche

## **7./ Regelung für Kinder aus Fremdgemeinden:**

Kinder aus Fremdgemeinden können nur aufgenommen werden, wenn kein Kind aus der eigenen Gemeinde den Platz beansprucht und wenn sich die Nachbargemeinde am Abgang beteiligt.

### **8./ Vergabemodus des Platzes:**

Nach dem Oö. Kindergarten- und Hortgesetz: ortsansässige Kinder, Kinder von berufstätigen Eltern und jüngere Kinder können in dieser Reihenfolge bevorzugt werden.

### **9./ Rückerstattung:**

Der Elternbeitrag wird bei Urlaub und Krankheit nicht rückerstattet.

### **10./ Zahlmodus:**

Die Bezahlung des monatlichen Beitrages erfolgt jeweils am 10. des Monats mittels Abbuchungsauftrag. Bei Nicht-Einzahlung des Betrages wird nach einer vierwöchigen Frist die Betreuung des Kindes nicht mehr übernommen.

Diese Tarifordnung tritt mit Beginn des Hortjahres 2006/2007 in Kraft.

Der Bürgermeister

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

#### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

#### **b) Genehmigung des Trägerschaftsvertrages**

Der BM ruft in Erinnerung, dass den Fraktionen ein Entwurf des Trägerschaftsvertrages zugegangen ist und ersucht um Wortmeldungen.

Der BM stellt den

#### **A n t r a g**

dem vorliegenden Trägerschaftsvertrag (**ANLAGE 8**) die Zustimmung zu geben.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

#### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

#### **c) Ankauf von Einrichtungsgegenständen**

Der BM berichtet, dass durch den Verein o.ö. Familienzentren ein Einrichtungsplan und ein Angebot der Fa. Alpenkid übermittelt wurde und dieses den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Teile der erforderlichen Möblierung sind aus dem Bestand der Hauptschule verfügbar.

Der BM stellt den

## **A n t r a g**

dem Ankauf folgender Einrichtungsgegenstände entsprechend dem Angebot der Fa. Alpenkid (**ANLAGE 9**) die Zustimmung zu geben:

|  |                 |
|--|-----------------|
| 10 Stück Hortsessel Sitzhöhe 38 oder 42 cm à €30.— | € 300.—         |
| 2 Stück Horttisch halbrund                         | € 280.—         |
| Eigentumsladen v. Ikea Boxen                       | € 200.—         |
| 2 Stück Bausteinschrank                            | € 440.—         |
| 2 Stück Regal                                      | € 400.—         |
| Teppich für Baubereich                             | € 350.—         |
| Garderobebereich f. Rollenspiel                    | € 100.—         |
| Spiegel  | € 120.—         |
| 2-er Sofa Ikea                                     | € 300.—         |
| 2 Stück Schultaschenschrank 9 untert.              | € 820.—         |
| 1 Stück Schultaschenschrank 6 untert.              | € 290.—         |
| 2 Stück Abstellregal                               | € 260.—         |
| Spielmaterial + Bücher                             | €3.000.—        |
| Diverses (1. Hilfe Kasten)                         | € 70.—          |
|  | <u>€6.930.—</u> |

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

## **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **3. Beschluss für die Verwirklichung des Projektes Schlossberg**

Der BM berichtet, dass am 8.6.2006 ein Informationsgespräch über das Projekt „Schlossberg“ stattgefunden hat. Dabei hat der Planer Leo Maier über die weitere Vorgangsweise informiert, wie ein derartiger Abenteuerspielplatz entstehen soll. Weiters gab er auch bekannt, dass in den weiteren Schritten die DOSTE und der Kulturausschuss eingebunden werden soll. Aus dem Projekt Spielraumförderung neu ist eine Förderung von 50 % möglich. Bei den einzelnen Planungsschritten waren die Fraktionsführer eingebunden. Der Kostenvoranschlag der Fa. Spiel-Raum-Creativ vom 12.6.2006 ist den Fraktionen zugegangen und er ersucht um Wortmeldungen.

GV Weber findet die Vorgangsweise bei der Sitzung am 8.6.2006 als sehr unglücklich. Er vermisste die Vertreter der DOSTE. Seit Jahren wurde über den Schlossberg nicht mehr gesprochen und der Ideengeber (DOSTE) wurde zu dieser Besprechung nicht eingeladen. Er konnte keine zeitliche Begrenzung der Förderung erfragen und daher besteht seiner Ansicht nach kein zeitlicher Druck. Das Projekt Schlossberg findet er als begrüßenswert. Durch die DOSTE wurden Vermessungen durchgeführt. Er tritt dafür ein der DOSTE die Führerschaft zu belassen.

BM Rippl weist darauf hin, dass bereits im Protokoll vom 4.4.2006 auf dieses Projekt hingewiesen wurde. Er hat mit der Vorsitzenden der Familienfreundlichen Gemeinde darüber gesprochen, wer eingeladen werden soll. Er verweist auf seine Bemühungen im Zusammenhang mit der Finanzierung und Gestaltung. Er bedauert, dass die gewählte Vorgangsweise derartige Wellen geschlagen hat.

GR Ofenböck verweist auf ein Gespräch mit Herrn Trautmann. Der angekündigte Rücktritt hat auch andere Ursachen im Bereich der DOSTE. Die Vermessungspläne werden erst im Herbst erstellt. Bis zur Klärung was dort geschieht, wird längere Zeit vergehen. Die Aufstellung von Hängebrücken udgl. Ist nach Aussage der Vermesser möglich. Ein Beginn der Maßnahmen wäre daher möglich ohne das Projekt auf dem Schlossberg zu beeinträchtigen. Wie die Koordination erfolgt wäre zu klären.

BM schlägt vor Herrn Trautmann anzurufen um die Unklarheiten auszuräumen. Er tritt dafür ein, dass die DOSTE mit der Familienfreundlichen Gemeinde gemeinsam dieses Projekt realisiert.

GV Weber nimmt die Ausführungen des BM zur Kenntnis und wollte nur darauf hinweisen, dass die Vorgangsweise Ärger verursacht hat. Er kündigt ein Gespräch von Leo Maier mit den Vertretern der DOSTE an. Wenn ein Miteinander möglich ist, kündigt er die Zustimmung seiner Fraktionen an.

VBM Weichenberger weist auf das gute Miteinander von DOSTE und Gemeinde hin und bedauert, dass es zu Misstönen gekommen ist.

GR Ofenböck weist darauf hin, dass das endgültige Ziel des Projektes geklärt werden soll (touristische oder kulturelle Nutzung usw.)

GR Voggenberger begrüßt die Idee des Projektes Schlossberg und tritt eher für eine kulturelle als für eine touristische Nutzung ein. Er schlägt eine Führung durch die DOSTE vor.

GR Staffl wundert sich, dass in diesem Fall ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll, während dieser für die ÖVP-Fraktion bei Punkt 1 nicht notwendig war.

BM Rippl weist darauf hin, dass die Anlegung eines Zebrastreifens im Bereich der Kirche abgelehnt wurde. Er hofft, dass im Zuge dieses Projektes ein Zebrastreifen im Nahbereich geschaffen werden kann.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

der Verwirklichung des Projektes Schlossberg zuzustimmen und die Fa. Spiel-Raum-Creativ entsprechend dem Angebot vom 12.06.2006 mit der Planung, Ausschreibung und Umsetzung zu beauftragen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **4. Genehmigung des Optionsvertrages mit der o.ö. Ferngas für den Verkauf einer Teilfläche des Gst.Nr. 2933, EZ 537, KG Lengau**

Der BM informiert, dass die OÖ Ferngas eine Teilfläche bis zu 4.000 m<sup>2</sup> des Gst.Nr. 2933, KG Lengau, für die Errichtung einer Messstation erwerben möchte. Der diesbezügliche Optionsvertrag ist den Fraktionen zugegangen und durch den Finanzausschuss wurde der Abschluss des vorliegenden Optionsvertrages mit einer Wertsicherung entsprechend dem Verbraucherpreisindex empfohlen.

GR Ofenböck vertritt die Ansicht, dass die Maßnahmen der RAG und Ferngas in unserer Gemeinde bereits überhand nehmen. Er kündigt an, dass er diesem Optionsvertrag nicht zustimmen wird, da in der Nähe ein Biotop errichtet wird.

BM Rippl weist darauf hin, dass durch die OÖ. Ferngas angefragt wurde, ob das Grundstück 2933 für die Errichtung einer Schieberstation genutzt werden kann. Er hat darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung durch den Gemeinderat gefällt werden muss.

GREM Pöckl freut sich, dass die Gemeinde das Grundstück zu einem guten Preis verkaufen kann. Er weist allerdings darauf hin, dass das Gewässer bei Hochwasser sehr viel Wasser für die Unterlieger bringt. Er erachtet dieses Projekt als nicht ausgereift und vermisst Rücksichtnahmen auf die Infrastruktur.

GREM Hager Johann vermisst die Information der Bevölkerung. Er vertritt die Ansicht, dass ein derartiges Projekt neben einem Biotop durch den Gemeinderat abgelehnt werden muss. Er appelliert an die Gemeinderatsmitglieder diesen Beschluss abzulehnen.

BM Rippl weist darauf hin, dass laut Aussage der o.ö. Ferngas die Mehrzahl der Grundeigentümer der Leitungsführung zugestimmt haben. Er findet die Errichtung des Gebäudes in der Senke für sinnvoller als auf einer Hügellage. Er geht davon aus, dass die Leitung gebaut wird.

GREM Pöckl kündigt eine Aussprache über den vorgeworfenen Grundverkauf an die Fa. Palfinger an. Er erachtet diese Vorgangsweise als nicht durchdacht.

BM Rippl weist darauf hin, dass Bewilligungen gemäß dem Wasserrecht und dem Naturschutz erforderlich sind.

GV Weber unterstützt die Ansicht von Herrn Hager Johann und weist darauf hin, dass Lengau eine sensible Gegend ist in der derzeit viele Bauten durchgeführt werden.

GV Schwaiger erachtet es für vorteilhaft auf diese Einnahme zu verzichten.

VBM Weichenberger weist darauf hin, dass diese Station nicht vermieden werden kann. Die gewünschte Fläche grenzt nicht an die Ökofläche an, sondern weist eine Pufferzone zur Ökofläche auf und wird in der Senke errichtet. Er befürchtet, dass die Station dann an einer ungünstigeren Stelle errichtet wird.

GR Voggenberger findet alle vorgebrachten Argumente für gerechtfertigt. Für ihn stellt sich die Frage bei welcher Vorgangsweise die Gemeinde mehr Nutzen zieht. Er schlägt vor das Grundstück zu verkaufen und Auflagen festzulegen.

GV Weber ersucht um 21.00 Uhr eine Sitzungsunterbrechung. Die Fortsetzung erfolgt um 21.10 Uhr

GREM Pöckl besteht darauf, dass im Wasserrechtsverfahren darauf Rücksicht genommen wird, dass die Unterlieger keine Schäden haben, keine Enteignungen von Grundeigentümern durchgeführt werden und zu den Verhandlungen Vertreter jeder Fraktion beizuziehen sind.

GR Ofenböck glaubt nicht, dass die Gemeinde Einfluss nehmen kann. Er vergleicht die Diskussion mit der vor Jahren geführten Diskussion über Handymasten im Bereich des ASZ. Er will trotzdem nicht zustimmen und hofft, dass es dadurch zu einer glücklichen Lösung kommt.

Der BM stellt den

**A n t r a g**

den vorliegenden Optionsvertrag (**ANLAGE 10**) mit einer Wertsicherung entsprechend dem Verbraucherpreisindex und den von Herrn Pöckl geforderten Auflagen zu genehmigen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 18 Ja  
5 Nein (BWG)  
1 Enthaltung (GREM Pöckl)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **5. Genehmigung des Ankaufes einer Teilfläche der Gst.Nr. 410 und 411, KG Friedburg, von den Ehegatten Berner**

Der BM ruft in Erinnerung, dass es bereits des öfteren zu Problemen mit dem Grenzverlauf entlang der Kühbichler Gemeindestraße kam. Von den Ehegatten Josef und Romana Berner kann im Bereich der sog. „Schöscharkurve“ eine Grundfläche zur Verbreiterung der Kühbichlerstraße im Bereich des Innenradius erworben werden. Der Finanzausschuss hat in seiner letzten Sitzung den Ankauf dieser Grundfläche empfohlen

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

dem Grundankauf im Bereich der Schöscharkurve laut Plan TB Weichenberger (**ANLAGE 11**) zu einem Pauschalpreis von €6.000.—zuzustimmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **6. Anpassung der Kanalgebührenordnung entsprechend den Vorgaben des Amtes der o.ö. Landesregierung**

Der BM berichtet, dass mit Schreiben des Amtes der o.ö. Landesregierung vom 11.06.2005, Zl. Gem-300037/11-2005-Sec, die Mindestsätze für Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen festgelegt wurden. Aufgrund dieses Schreibens sind die Kanalbenützungsgebühren ab 1.10.2006 anzupassen. Ein Entwurf dieser geänderten Gebührenordnung ist den Fraktionen zugegangen.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

der Gebührenordnung in der vorliegenden Form (**ANLAGE 12**) die Zustimmung zu geben.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **7. Stauraumkanal Friedburg – Auftragsvergabe**

Der BM informiert, dass am 19.06.2006 die Anboteröffnung für den Stauraumkanal in Friedburg im Bereich der Liegenschaften Heinzl und Voggenberger stattgefunden hat. Aufgrund des Angebotsergebnisses und der Kontrolle der Angebote durch das TB Weichenberger wird die Fa. TEERAG-ASDAG als Bestbieter vorgeschlagen.

GR Ofenböck erkundigt sich über den Baubeginn. BM Rippl informiert, dass der Baubeginn Anfang August erfolgen soll.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

den Auftrag für die Errichtung des Stauraumkanales an die Fa. TEERAG-ASDAG entsprechend dem vorliegenden Angebot mit einer Auftragssumme von €124.221,00 (incl. MWSt) zu vergeben.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 23 Ja (GR Sutter nicht anwesend)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **8. Verlängerung der Funktionsdauer des Amtsleiters gemäß § 11, o.ö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 idgF**

Der BM ruft in Erinnerung, dass der derzeitige Amtsleiter Herbert Nagl in der Sitzung des Gemeinderates am 28.08.2003 für die Zeit von 01.04.2004 bis 31.03.2007 für diese Funktion bestellt wurde. Gemäß § 11 o.ö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 ist eine Verlängerung auf jeweils fünf Jahre möglich.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

die Funktionsdauer des Amtsleiters Herbert Nagl für den Zeitraum von 01.04.2007 bis 31.03.2012 zu verlängern.

Abstimmung geheim mittels Stimmzettel; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **9. Raumordnungsangelegenheiten**

BM übergibt den Vorsitz an VBM Muigg

### **a) Änderung Nr. 1, MAFI-HolzverarbeitungsgesmbH. – Beschluss einer Verordnung**

Der VBM berichtet, dass auf den gegenständlichen Grundstücksflächen eine Parkplatzfläche gewidmet werden soll und die eingegangenen Stellungnahmen durchwegs positiv sind. Im Bauausschuss wurde empfohlen die Umwidmung der beantragten Flächen(teile) von bisher Grünland auf Parkplatz zu genehmigen.

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

Teilflächen der Grundstücke 539/1, 543/3 und 953/1, jeweils KG Krenwald, in einem Gesamtausmaß von ca. 5.500 m<sup>2</sup> von bisher Grünland auf Verkehrsfläche – Parkplatz sowohl im Flächenwidmungsplan als auch Örtlichen Entwicklungskonzept umzuwidmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **b) Änderung Nr. 28, Feichtenschlager Herbert – Einleitung des Verfahrens**

Der VBM berichtet, dass in der Bauausschusssitzung die Einleitung eines Umwidmungsverfahrens empfohlen wurde.

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

eine Teilfläche der Grundstücke 867/2 und 996/2, jeweils KG Krenwald, in einem Gesamtausmaß von ca. 1.000 m<sup>2</sup> von bisher Grünland auf Wohn- oder Dorfgebiet umzuwidmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **c) Änderung Nr. 29, Linecker Josef und Elisabeth – Einleitung des Verfahrens**

Der VBM ruft in Erinnerung, dass bereits in der GR-Sitzung vom 16.09.2005 ein diesbezüglicher Umwidmungsantrag abgelehnt wurde und auch der Bauausschuss eine Ablehnung dieses Antrages empfohlen hat.

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

der Einleitung eines Verfahrens zur Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes 1680, KG Heiligenstatt, in einem Gesamtausmaß von ca. 2.500 m<sup>2</sup> von bisher Grünland auf Wohngebiet abzulehnen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

## **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **d) Änderung Nr. 30, Schlegl Georg – Einleitung des Verfahrens**

Der VBM berichtet, dass in der Bauausschusssitzung empfohlen wurde die Einleitung zur Umwidmung von Grünland auf Wohngebiet an der beantragten Stelle abzulehnen und ein Umwidmungsverfahren nur für Flächen innerhalb des im ÖEK gekennzeichneten Gebietes einzuleiten. Durch Herrn Schlegl wurde in der Zwischenzeit der Umwidmungsantrag in der Form abgeändert, dass die Umwidmungsfläche nördlich des bestehenden Wohnhauses zu liegen kommt.

GV Schwaiger spricht sich für diese Umwidmung aus.

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

der Einleitung eines Verfahrens zur Umwidmung einer Teilfläche nördlich des bestehenden Wohnhauses des Grundstückes 462/1, KG Krenwald, in einem Gesamtausmaß von ca. 900 m<sup>2</sup> von bisher Grünland auf Wohngebiet einzuleiten/abzulehnen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

## **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **10. Festlegung des Straßenbauprogrammes 2006**

VBM Muigg berichtet, dass der Straßenbauausschuss bei seiner Bereisung am 22.04.2006, die in Frage kommenden Straßenstücke besichtigt hat. Durch das TB Weichenberger wurde eine Kostenberechnung der geplanten Maßnahmen vorgenommen und durch den Bauausschuss in seiner Sitzung am 19.06.2006 vorgeschlagen das besichtigte Programm mit Ausnahme der Maßnahmen in der Anzengruberstraße und auf der Flörlplainer Straße zwischen dem Wohnhaus Schleicher und der Kreuzung Wörgetter zu verwirklichen.

VBM Muigg erkundigt sich ob mit Herrn Spatzenegger Kontakt aufgenommen wurde wegen einer Weiterführung des Öffentliches Gutes im Bereich der Zufahrt Ladinig.

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

das Straßenbauprogramm in der vorgetragenen Form die Zustimmung zu erteilen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

## **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **11. Festlegung des Kanalbauprogrammes 2006**

BM Rippl informiert, dass in der Bauausschusssitzung vorgeschlagen wurde die erforderlichen Kanalanschlüsse für die in der Zwischenzeit errichteten Neubauten vorzunehmen und eine Kanalverlängerung zum Wohnhaus Feichtenschlager Adolf zu errichten. Zusätzlich soll für die nächsten Jahre ein Projekt durch das TB Weichenberger ausgearbeitet werden um die Ortschaften Gstöckat und Flörlplain abwassertechnisch zu entsorgen.

GR Voggenberger zeigt sich über den Ausbau nach Gstöckat und Flörlplain verwundert und befürchtet eine Explosion der Kosten bei derartig großzügigen Ausbaumaßnahmen. Der AL weist darauf hin, dass sich die Situation in Gstöckat verändert hat.

GR Ofenböck kann sich die Zustimmung zur Erweiterung nach

VBM Muigg

Der VBM stellt den

### **A n t r a g**

die erforderlichen Hausanschlussarbeiten durch die Fa. TEERAG-ASDAG entsprechend dem Angebot vom Vorjahr herstellen zu lassen und den bestehenden Kanal Richtung Baierberg bis zum Wohnhaus Feichtenschlager Adolf zu verlängern. Das Projekt für die abwassertechnische Erschließung der Ortschaften Flörlplain und Gstöckat soll zurückgestellt werden.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **12. Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes über die Kassenprüfung am 08.06.2006 durch die BH Braunau am Inn**

Der BM informiert, dass die Kassengebarung der Gemeinde Lengau durch ein Prüfungsorgan der BH Braunau am Inn am 08.06.2006 einer Prüfung unterzogen wurde und keine Beanstandungen festgestellt wurden.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

den Prüfungsbericht der BH Braunau am Inn vom 12.06.2006 über die am 8.6.2006 durchgeführte Kassenprüfung zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **13. Grundsatzbeschluss für Teilnahme an LEADER Programm**

Der BM informiert, dass am 13.06.2006 ein Vortrag über die Gründung einer Leaderregion in Munderfing stattgefunden hat an der die Gemeinden des RHV Mattig-Hainbach außer Straßwalchen und Jeging teilgenommen haben.

Als Zeitplan für die Teilnahme am LEADER Programm wurde abgesteckt:

Sommer 2006: Gemeinderatsbeschlüsse über Beteiligung an einer Region, Erarbeitung Regionaler Entwicklungsplan und Budget (ca. €20.000.--) dafür

Herbst 2006: (12.09.2006) Erarbeitung des regionalen Entwicklungsplanes (mehrtägige Workshops mit ca. 80 Personen aus der Region durch externes Planungsbüro) Kosten: ca. €20.000.—

bis Jahresende 2006: Verbindliche Gemeinderatsbeschlüsse – Bestätigung der Inhalte des REP, Bewerbung als Region mit fixer Beteiligung der Gemeinden, Bereitstellung der Eigenmittel für 2007 bis 2013.

Frühjahr 2007: Formulierung des Leader-Antrages mit detailliertem REP durch externes Planungsbüro, Erarbeitung der Organisationsstruktur für Region, Satzung und Budget für Regionalverband

bis Mai 2007: Verbindliche Gemeinderatsbeschlüsse – Beitritt Regionalverband

bis spätestens Juni 2007: Einreichung Bewerbung als LEADER-Region

Herbst 2007: Auswahl der LEADER-Regionen (durch Bundesministerien)

Beginn 2008: Start LEADER mit Bestellung LEADER Management (Kosten ca. €60.000.—pro Jahr unter Abzug der zu erwartenden Förderungen)

Die Zulassung von max. 20 Regionen ist in Oberösterreich zu erwarten.

GV Weber erachtet das Thema als äußerst schwierig. Er verweist auf den Vortrag in Bad Schallerbach. Er erachtet es als schwierig ein Projekt für die Region auszuarbeiten, da er die Impulse von den Wirtschaftstreibenden und Landwirten vermisst. Er kündigt eine Zustimmung für die Ausarbeitung eines regionalen Entwicklungsplanes an.

BM Rippl erachtet es für wichtig, dass bei den Workshops vor allem Leute aus der Bevölkerung teilnehmen sollen.

GV Schwaiger erachtet die in Aussicht gestellten Geldmittel als verlockend. Er befürchtet aber auch, dass das Pferd von hinten aufgezäumt wird, wenn zuerst eine Organisation geschaffen wird und dann die Ideen gefunden werden sollen. Er spricht sich für einen Verzicht der Teilnahme am Leader Programm 2007-2013 aus.

BM Rippl ist der Ansicht, dass ein Projekt Schlossberg, Riesenhaus, usw. kommunale Projekte sind und nicht durch LEADER gefördert wird. Kulturstraßen gibt es bereits in vielen Regionen. Die Bevölkerungsanzahl wurde in der Zwischenzeit auf bis zu 150.000 Einwohner aufgestockt.

GR Voggenberger sieht dies eher als wirtschaftliche Vernetzung. Er erkundigt sich ob es durch die großen Betriebe Interesse gibt. Er vergleicht die Teilnahme am LEADER-Programm mit einer Werbekampagne.

GR Ofenböck spricht sich gegen die Bereitstellung von € 4.500.—aus, da viele Bereiche ausgeschlossen sind. Er spricht sich für den Einsatz der € 4.500.—in Projekte der Gemeinde zu investieren.

VBM Weichenberger berichtet, dass auch in seiner Fraktion eine lange Diskussion stattgefunden hat. Er schließt sich der Meinung von GR Ofenböck an. Bei einer Teilnahme an LEADER sind wieder Mitarbeiter notwendig. Er verweist auf die Teilnahme am Tourismusprojekt vor einigen Jahren und kündigt keine Zustimmung an.

BM Rippl weist darauf hin, dass beim Baumwipfelweg Kopfung durch eine Privatperson verwirklicht wurde, ebenso das Projekt Mühlviertler Alm.

VBM Muigg berichtet, dass es bereits Ideen gegeben hat, welche aber nicht verwirklichtbar waren. Diese Ideen fehlen. Es ist derzeit die letzte Möglichkeit mit einem externen Berater Ideen zu finden. Wenn keine Lösung gefunden wird, sind €4.500.—verloren und außerdem sieht er eine Solidarität mit den anderen Gemeinden.

GV Weber erachtet den Betrag von €4.500.—als gerechtfertigt um Ideen für die Region zu suchen. Ob eine Weiterführung erfolgen soll ist der nächste Schritt.

GREM Hager Johann weist darauf hin, dass eine Weiterführung des Programmes ab 2013 vorgesehen ist. Er schlägt vor in den nächsten 6 Jahren in der Gemeinde eigene Ideen zu finden.

GR Ofenböck könnte sich das Projekt erneuerbare Energie im Raum Kobernauberwald vorstellen.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

der Region LEADER Mattigtal beizutreten und den für die Gemeinde anfallenden Kostenanteil für die Erarbeitung des Regionalen Entwicklungsplanes in Höhe von ca. €4.500.—zu genehmigen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 10 Ja (GR Weinberger, + ÖVP-Fraktion)  
10 Nein  
4 Enthaltungen (Bgm Rippl, GV Pendelin,  
GR Staffl, GREM Hager  
Johann)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **14. Nachbesetzung in Ausschüssen durch die ÖVP-Fraktion**

Der BM informiert, dass Herr Franz WILHELM sein Mandat als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Familie, Senioren und Wohnungsvergabe zurückgelegt hat und durch die ÖVP-Fraktion Herr Fuchs Johann als Mitglied dieses Ausschusses nominiert wurde (**ANLAGE 13**).

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

an die Mitglieder der ÖVP-Fraktion, Herrn Fuchs Johann als Mitglied für den Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren und Wohnungsvergabe zu bestellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 9 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM informiert, dass Herr Mag. Berer Klaus sein Mandat als Mitglied des Ausschusses für Kindergarten, Schule und Jugend zurückgelegt hat und durch die ÖVP-Fraktion Frau Schwenn Gabriele als Mitglied dieses Ausschusses nominiert wurde (**ANLAGE 14**).

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

an die Mitglieder der ÖVP-Fraktion, Frau Schwenn Gabriele als Mitglied für den Ausschuss für Kindergarten, Schule und Jugend zu bestellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 8 Ja  
1 Enthaltung (GREM Schwenn)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **15. Betreubares Wohnen – Genehmigung der Vereinbarung zwischen GEWOG und Gemeinde**

Der BM berichtet, dass der Entwurf der Vereinbarung zwischen der Gemeinde und GEWOG für das Betreubare Wohnen in Friedburg den Fraktionen zugegangen ist.

Bezüglich der Leistungen der Gemeinde (Punkt V) entfällt, laut Rücksprache mit Herrn Demmelbauer der Punkt 1 (kostenlose Pflege der Außenanlage durch Gemeinde)

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

die Vereinbarung zwischen der GEWOG und der Gemeinde Lengau über das Betreubare Wohnen in Friedburg mit Ausnahme des Punktes V/1

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23 Ja (GR Ofenböck nicht anwesend)

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

## **16. Allfälliges**

### Dringlichkeitsantrag 1:

Der BM informiert, dass der ehemalige Gemeindefarzt Dr. Karl Sattelmaier am 27.05.2006 verstorben ist. Durch den Gemeinderat ist die Witwenpension und der Todesfallbeitrag entsprechend dem zur Verfügung gestellten Muster des Amtes der o.ö. Landesregierung zu beschließen. Dieses Muster wurde den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

die Festsetzung der Witwenpension und des Todesfallbeitrages, entsprechend dem vorliegenden Muster (**ANLAGE 15**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

#### Dringlichkeitsantrag 2:

Der BM informiert, dass durch das Amt der o.ö. Landesregierung die Bewilligung gemäß § 86 o.ö. Gemeindeordnung für die Umrüstung der Heizung und den Anschluss an die Biomasse bei der Volks- und Hauptschule Friedburg erteilt wurde. In den Gesamtkosten sind die Lüftung und die Anschlusskosten für die Biomasse enthalten. Durch das E-Werk Wels wurde eine Durchführung während der Ferienzeit zugesagt. Arbeiten an der Lüftung und im Keller können erst während der Schulzeit durchgeführt werden.

Voraussetzung für diese Genehmigung ist, dass folgender Finanzierungsplan beschlossen wird:

Anerkannte Gesamtkosten inkl. Honorare für Planungskosten € 381.618,00

Finanzierung:

Energiecontracting samt Anteilsbetrag o.H bzw. Rücklagen € 381.618,00

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

Den Finanzierungsplan in der vorgetragenen Form die Zustimmung zu erteilen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

### **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

#### Dringlichkeitsantrag 3:

Der BM informiert, dass durch das Amt der o.ö. Landesregierung die Übereinkommen für die Errichtung des Gehsteiges mit integrierter Randhaltestelle und für die Errichtung eines Fahrbahnteilers mit Querungshilfe bei der Fa. Lugstein, Lengau, übermittelt wurden.

Der BM stellt den

### **A n t r a g**

Die vorliegenden Übereinkommen (**ANLAGE 16 und 17**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

## **B e s c h l u ß**

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

### **Berichte des BM:**

- a) Der Finanzausschuss hat den Beschluss gefasst das Kamptner/Kaltenbrunnerbuch zu einem Verkaufspreis von €18.—anzubieten.
- b) Durch das Gemeindeamt wurde ein Ansuchen an das Amt der o.ö. Landesregierung wegen der erhöhten Kosten für den Winterdienst gestellt. Es wird eine einmalige Unterstützung durch das Land Oberösterreich gewährt werden.
- c) Durch Herrn Pär wurde eine Verbreiterung des Gehsteiges im Bereich des Wohnhauses Lengauer Hauptstraße 30 angeregt wurde, da in diesem Bereich die Oberflächenentwässerung verlegt wird. Für diese Maßnahme müsste die bestehende Gartenmauer zurückversetzt werden. Laut Aussage von Herrn Pär soll diese mit einer max. Höhe von 80 cm neu errichtet werden.

### **Anfragen:**

- a) GR Ofenböck berichtet, dass beim ehemaligen Ramsauerhaus Baumaßnahmen durchgeführt werden sollen und ein Gehsteig errichtet werden könnte. BM Rippl informiert, dass ein Lokalausweis mit dem Straßenmeister durchgeführt werden soll.
- b) GREM DI Thür erkundigt sich ob die Optionsverträge für das Betriebsbaugelände Lengau bereits unterschrieben sind. BM Rippl gibt bekannt, dass dies noch nicht der Fall ist
- c) GREM Thür erkundigt sich wann die Zufahrtsstraße Palfinger fertiggestellt wird. Dies ist laut BM noch nicht absehbar.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, bedankt sich der BM für die gute Zusammenarbeit und schließt um ..... Uhr die Sitzung.

Die Sitzung dauerte .. Stunden .. Minuten.

Gemäß § 16 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Kollegialorgane der Gemeinde Lengau vom 06.09.2002 ist die Verhandlungsschrift vom Vorsitzenden, von je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, welche zu Beginn jeder Sitzung beim Vorsitzenden von den jeweiligen Fraktionsobmännern namhaft zu machen sind, und vom Schriftführer zu unterfertigen.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Die Mitglieder:

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom ..... keine Einwendungen erhoben wurden\*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde\*.

Lengau, am .....

Der Vorsitzende

.....  
\*Nichtzutreffendes streichen